

- 10.2. **Vorlage:** BV/0389/2016 **Einreicher /**
zuständige Dienststelle: 65 - Tiefbauamt
Vorplanung der Verkehrsanlage Asternweg
- 10.3. **Vorlage:** BV/0368/2016 **Einreicher /**
zuständige Dienststelle: 65 - Tiefbauamt
Vorplanung Verkehrsanlage Wildparkstraße
- 10.4. **Vorlage:** BV/0390/2016 **Einreicher /**
zuständige Dienststelle: 60 - Amt für Hochbau und
Gebäudewirtschaft
Dorfgemeinschaftshaus Sommerfelde,
Genehmigung der Entwurfsplanung und Baubeschluss
- 10.5. **Vorlage:** BV/0397/2016 **Einreicher /**
zuständige Dienststelle: 61 - Stadtentwicklungsamt
Stellungnahme zum LEP HR
- 10.6. **Vorlage:** BV/0398/2016 **Einreicher /**
zuständige Dienststelle: 61 - Stadtentwicklungsamt
Städtebaulicher Vertrag gemäß § 11 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 BauGB zur Förderung und Sicherung der mit der Bauleitplanung verfolgten Ziele "Badeanstalt"
(Urkundenrolle Nr. 1636/2013 des Notars Dirk Zieger vom 02.12.2013)
1. Änderung
- 10.7. **Vorlage:** BV/0396/2016 **Einreicher /**
zuständige Dienststelle: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Förderung von Biodiversität und Bienen in Eberswalde

TOP 1

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Herr Wolff begrüßt alle Anwesenden und eröffnet die 23. Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung und Umwelt (ABPU).

TOP 2

Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Herr Wolff stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde und der ABPU beschlussfähig ist. Einwendungen hiergegen werden nicht erhoben.

Zu Beginn der heutigen Sitzung des ABPU sind 10 Mitglieder anwesend (**Anlage 1**).

TOP 3

Beschlussfassung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift der 22. Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung und Umwelt der Stadt Eberswalde vom 08.11.2016

Schriftliche Einwendungen liegen nicht vor, mündliche Einwendungen werden nicht vorgetragen.

TOP 4

Feststellung der Tagesordnung

Frau Oehler:

- fragt, ob es vorgesehen ist, dass die eingereichten Änderungsanträge, insbesondere die den Baubereich betreffen, in der heutigen Sitzung im Rahmen der Haushaltsdiskussionen vorbesprochen werden, da sie sich nicht auf der Tagesordnung befinden

Herr Wolff befürwortet, dass sofern Bedarf ist, unter dem entsprechenden TOP zur Haushaltssatzung die Änderungsanträge behandelt werden können und informiert, dass sämtliche Änderungsanträge Bestandteil des Tagesordnungspunktes, zu dem sie eingebracht werden, in dem Fall zum TOP 10.1 Beschlussvorlage BV/0370/2016 „Haushaltssatzung 2017/2018“ werden. Er führt weiter aus, dass er sich mit der Verwaltung über ein Verfahren geeinigt hat, dass vorsieht, dass vom Vorsitzenden zu Beginn des TOP 10.1 die Frage gestellt wird, zu welchen Punkten Rede- bzw. Diskussionsbedarf besteht und dieser dann entsprechend behandelt wird. Er verweist auf die Problematik, dass den Stadtverordneten die Änderungsanträge, auf denen die Beratungsfolge nicht angegeben war, nicht in Papierform vorliegen, sofern diese nicht von ihnen selbst im Vorfeld online abgerufen wurden. Darüber hinaus liegen zwei Anfragen vor; diese werden nach den Änderungsanträgen behandelt und im Anschluss derer erfolgt die allgemeine Haushaltsdiskussion zur Beschlussvorlage BV/0370/2016 „Haushaltssatzung 2017/2018“.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

TOP 5

Informationen des Vorsitzenden

Herr Wolff informiert, dass in der Stadtverordnetenversammlung am 24.11.2016 Herr Jürgen Müller als sachkundiger Einwohner aus dem ABPU abberufen und ein neuer sachkundiger Einwohner derzeit nicht berufen wurde.

TOP 6

Einwohnerfragestunde

Es gibt keine Wortmeldungen.

TOP 7

Informationen aus der Stadtverwaltung

TOP 7.1

Sonstige Informationen

Frau Fellner informiert, dass:

- der Garagenrückbau im Stadtgebiet Nordend Am Rosengrund (unterhalb vom Sonnenweg) vorgesehen ist und die Zuschlagserteilung für den Abriss der Garagen im Hauptausschuss am 08.12.2016 zur Entscheidung vorgelegt wird; die Kurzpräsentation mit Lageplan ist der Niederschrift als **Anlage 2** beigelegt
- weiterhin an der Gründung von Baugruppen für Grundstücke, gelegen Goethestraße / Ecke Schweitzer Straße und in dem Bereich Jüdenstraße und Brautstraße gearbeitet wird; diese Baugruppen werden derzeit durch die Architekturbüros an unterschiedlichen Bahnknotenpunkten in Berlin und Eberswalde beworben
- ab 01.01.2017 der Fördermittelantrag für die Errichtung eines Dorfgemeinschaftshauses in Sommerfelde beim zuständigen Landesamt für Ländliche Entwicklung in Prenzlau eingereicht werden kann, nachdem der Vorstand der Lokalen Aktionsgruppe (LAG) Barnim getagt und ein positives Votum für das Vorhaben abgegeben hat

Frau Oehler:

- fragt nach den aktuellen Erkenntnissen des in unmittelbarer Nähe zu dem Garagenkomplex Am Rosengrund stehenden alten Heizwerks

Frau Fellner sagt eine Beantwortung im nicht öffentlichen Teil der heutigen Sitzung zu.

Frau Köhler nimmt Bezug auf die im öffentlichen Teil der 22. Sitzung des ABPU am 08.11.2016 unter TOP 9:

- von Herrn Bloch getätigten Hinweis, dass auf dem Radweg in der Eisenbahnstraße, unmittelbar vor dem Café Kleinschmidt, temporäre Verkehrsschilder stehen und darum bat, dass dies zukünftig vermieden wird; sie informiert, dass der Sachverhalt durch die Verwaltung geprüft, die Baufirma unterrichtet und die Verkehrsschilder außerhalb des Fuß- und Radweges aufgestellt wurden
- von Herrn Pringal gestellte Anfrage, ob der derzeitige Zustand der Straße Waldesruh in Nordend den Endzustand der Baumaßnahme darstellt oder ob noch eine fachgerechte Schließung vorgesehen ist und informiert, dass in dem Bereich eine Gasleitung für einen Hausanschluss verlegt und provisorisch geschlossen wurde und sobald die Witterungsverhältnisse es zulassen, wird die Straße fachgerecht mit Asphalt geschlossen

Frau Köhler bezieht sich auf die im öffentlichen Teil der 21. Sitzung des ABPU am 06.10.2016 unter TOP 9 von Herrn Reichling gestellte Anfrage, um welche Baumaßnahme es sich in der Brunnenstraße handelt und berichtet, dass die Verwaltung den Landesbetrieb Straßenwesen (LS) bezüglich des aktuellen Stands kontaktiert hat. Der LS informierte, dass sich die Baumaßnahme aufgrund von schlechtem Baugrund und vorhandenem Grundwasser sowie der Notwendigkeit der Umverlegung von zahlreichen Leitungen erheblich verzögern wird, der Fertigstellungstermin nicht wie vorgesehen für Ende dieses Jahres gehalten, sondern erst für Ende Februar zugesagt werden kann und dies auch nur, sofern die Witterungsverhältnisse es zu lassen und die Ausbesserung der derzeit genutzten Spurumfahrung möglich ist.

TOP 8

Informationsvorlagen

Es liegen keine Informationsvorlagen vor.

TOP 9

Anfragen, Anregungen und Informationen von Fraktionen, Stadtverordneten und sachkundigen Einwohnern sowie im Rahmen ihrer Zuständigkeit von Ortsvorstehern/-innen, der Vorsitzenden der Beiräte gem. Hauptsatzung, dem/der Vorsitzenden des KJP und den Beauftragten gem. Hauptsatzung

Frau Wagner:

- bezieht sich auf die im öffentlichen Teil der 20. Sitzung des ABPU am 13.09.2016 unter TOP 8.1 gestellte Anfrage zur Informationsvorlage I/009/2016 „Sechster Vergabebericht der Stadt Eberswalde“ und fragt nach dem Stand der Beantwortung.

Frau Stibane informiert, dass die Beantwortung beauftragt ist und nach ihrem Kenntnisstand eine Zwischennachricht beziehungsweise telefonische Kontaktaufnahme erfolgt sein sollte. Sie sagt die Beantwortung zu.

Herr Pertzsch:

- merkt an, dass es sich nach seinem Kenntnisstand bei der derzeit aufgewerteten Borsighalle, nicht tatsächlich um die Borsighalle handelt, sondern dieses Gebäude das ehemalige Kohlelager des Walzwerkes und das daneben stehende Gebäude mit dem Schornstein die tatsächliche Borsighalle war und fragt nach den Gründen der Umfunktionierung; darüber hinaus äußert er Bedenken zur Bezeichnung der Borsighalle als Weltkulturerbe

Herr Wolff weist auf die zuletzt im öffentlichen Teil der ABPU-Sitzung am 08.11.2016 unter TOP 7.2 „Bericht zur Baumaßnahme Borsighalle“ und der anhand der PowerPoint-Präsentation von Frau Fellner ausführlich dargestellten Fakten hin. Weiter informiert er, dass das Kohlelager (Gasgeneratorenhaus), welches direkt neben der Borsighalle steht, auch denkmalgeschützt ist und die Borsighalle tatsächlich in der Liste der national bedeutsamen Kulturdenkmäler aufgenommen wurde.

Frau Fellner bekräftigt, dass es unzweifelhaft korrekt ist, dass die Borsighalle, die neben dem Gasgeneratorenhaus, die tatsächliche Borsighalle ist. Sie informiert, dass das Vorhaben von der obersten Denkmalbehörde des Landes Brandenburg und von der unteren Denkmalbehörde des Landkreises Barnim intensiv begleitet wird und ein bedeutendes Denkmal sich in unterschiedlichem Zustand befunden hat. Sie bekräftigt, dass die Stadt Eberswalde stolz sein kann, dass ein national bedeutsames Denkmal in der Stadt vorhanden ist und führt weiter aus, dass Eigentum verpflichtet und sich deshalb die Verwaltung für die Aufwertung der Borsighalle einsetzt. Das von Herrn Pertzsch beschriebene Gebäude, welches sehr stark durch den Brand beschädigt wurde, ist Eigentum des Landes Brandenburg und dieses Gebäude deshalb in deren Verantwortung bezüglich Sicherung bzw. Aufwertung liegt.

TOP 10

Beschlussvorlagen (Beratung und Beschlussfassung)

TOP 10.1

Vorlage: BV/0370/2016

Einreicher /

zuständige Dienststelle: 20 - Kämmerei

Haushaltssatzung 2017/2018

(2. Lesung)

Herr Wolff informiert, dass in der Gesamtheit viele Änderungsanträge zur Beschlussvorlage vorliegen, die zum Teil durch die Benennung der Beratungsfolge durch die Einreicher nicht für die Beratung im ABPU vorgesehen waren.

Herr Wolff fragt, zu welchen Änderungsanträgen Rede- oder Diskussionsbedarf besteht

Frau Oehler:

- informiert, dass es aus ihrer Sicht Redebedarf zu folgenden Änderungsanträgen gibt:
 - Änderungsantrag zur Stadteingangsgestaltung, eingereicht von der Fraktion CDU-Fraktion
 - Änderungsantrag zur Berücksichtigung des Aufwandes der Stadtverwaltung zur Erschließung neuer Wohnbaustandort, eingereicht von der Fraktion DIE LINKE
 - Änderungsantrag zur Gestaltung der Nutzungsfläche „Fun-Park“ durch Errichtung von Sitzgelegenheiten und Fahrradabstellmöglichkeiten, eingereicht von der Fraktion DIE SPD-Fraktion

Herr Sandow:

- gibt zu bedenken, dass die Änderungsanträge nicht allen Mitgliedern des ABPU vorliegen und ihnen deshalb der Inhalt unbekannt ist

Herr Wolff bekräftigt die Anmerkung von Herrn Sandow und fragt die Fraktionen als Einreicher der vorgenannten Änderungsanträge, ob sie zustimmen, dass ihre Änderungsanträge Teil der Tagesordnung, TOP 10.1 und von ihnen erläutert werden.

Frau Oehler:

- stellt den Antrag zur Geschäftsordnung, dass über die von ihr genannten Änderungsanträge nicht diskutiert wird; sie merkt an, dass Änderungsanträge, die den ABPU betreffen, auch zukünftig in diesem Gremium behandelt werden und den Mitgliedern zur Kenntnis gegeben werden sollten; von den Einreichern sollten zukünftig Änderungsanträge rechtzeitig gestellt werden, um in den Fachausschüssen darüber diskutieren zu können

Herr Wolff stellt richtig, dass ein Änderungsantrag zu einer Beschlussvorlage jederzeit eingereicht werden kann und somit Teil des entsprechenden Tagesordnungspunktes wird. Aufgrund der Festlegung der Beratungsfolge durch die Einreicher ist die Vorgabe erfolgt, in welchem Gremium über diesen Änderungsantrag zu beraten ist. Weiter führt er aus, dass zur Beratung im ABPU zwei schriftliche Änderungsanträge vorliegen, einer von der Fraktion Alternatives Wählerbündnis Eberswalde zur Aufhebung der „Zweijährigen Haushaltsplanung 2017/2018“ und ein weiterer von der Bürgerfraktion Eberswalde zu „Budgetregeln und der Richtlinie für die Ausführung des Haushaltsplanes“. Über die anderen Änderungsanträge besteht für den ABPU kein Beratungs- bzw. Beschlussbedarf.

Frau Stibane erläutert, dass grundsätzlich alle Änderungsanträge mit der zu Grunde liegenden Beschlussvorlage durch alle Gremien, in der diese Beschlussvorlage gegenständlich ist, gehen. Von den Einreichern ist aber bei den Änderungsanträgen eine Beratungsfolge vorgegeben worden, die nicht von der Verwaltung geändert werden darf.

Herr Wolff fasst nach eingehender Diskussion zusammen, dass dem Geschäftsordnungsantrag von Frau Oehler stattgegeben wird über die von ihr vorgeschlagenen Änderungsanträge nicht zu beraten und abzustimmen. Er weist darauf hin, dass zur heutigen Sitzung nur über die den Mitgliedern schriftlich vorliegenden Änderungsanträge beraten und abgestimmt werden kann. Damit erübrigt sich die Diskussion darüber, wie mit den anderen Änderungsanträgen zur Beschlussvorlage zu verfahren ist.

Herr Wolff fragt, ob es Diskussionsbeiträge zum weiteren Verfahren mit den Änderungsanträgen gibt.

Es gibt keine Wortmeldungen.

Herr Wolff fasst zusammen, dass folgende Änderungsanträge zur Diskussion stehen:

- Änderungsantrag zur Haushaltssatzung 2017/2018 von der Fraktion Alternatives Wählerbündnis Eberswalde zur Aufhebung der „Zweijährigen Haushaltsplanung 2017/2018“
- Änderungsantrag von der Bürgerfraktion Eberswalde zu „Budgetregeln und der Richtlinie für die Ausführung des Haushaltsplanes“

► **Änderungsantrag zur Haushaltssatzung 2017/2018 von der Fraktion Alternatives Wählerbündnis Eberswalde** zur Aufhebung der „Zweijährigen Haushaltsplanung 2017/2018“

Herr Wolff teilt mit, dass der Änderungsantrag vor der Sitzung an alle Mitglieder und sachkundigen Einwohner verteilt wurde (**Anlage 3**).

Herr Baaz informiert als Einreicher des Änderungsantrages, dass die Fraktion vorsieht, die Beratungsfolge dahingehend zu ändern, dass über diesen Antrag aufgrund der Kurzfristigkeit und der nicht dem ABPU relevanten Themen im Hauptausschuss zu beraten ist

Abstimmungsergebnis zum Änderungsantrag: mehrheitlich abgelehnt

► **Änderungsantrag von der Bürgerfraktion Eberswalde** zu „Budgetregeln und der Richtlinie für die Ausführung des Haushaltsplanes“

Herr Morgenroth erläutert als Einreicher des Änderungsantrages den Sachverhalt.

Abstimmungsergebnis zum Änderungsantrag: einstimmig befürwortet

Herr Wolff informiert, dass folgende zwei Anfragen von der Fraktion Alternatives Wählerbündnis Eberswalde vorliegen:

- Anfrage zu den Kosten des Neujahrsempfanges
- Anfrage zum Vorbericht

► **Anfrage von der Fraktion Alternatives Wählerbündnis Eberswalde** zu den Kosten des Neujahrsempfanges

Herr Wolff teilt mit, dass die Anfrage vor der Sitzung an alle Mitglieder und sachkundigen Einwohner verteilt wurde (**Anlage 4**).

Herr Baaz:

- fragt als Einreicher der Anfrage, warum die Kosten zum Neujahrsempfang überzogen wurden

Frau Fellner stellt richtig, dass es sich hierbei nicht um eine Bekanntgabe, sondern um eine Behauptung handelt und bittet um korrekte Definition. Sie weist darauf hin, dass die Kosten des Neujahrsempfanges nicht zu den Themen, die den ABPU tangieren, gehören und merkt an, dass der Bürgermeister vorsieht, diese Anfrage in der nächsten Stadtverordnetenversammlung am 15.12.2016 zu beantworten.

► **Anfrage von der Fraktion Alternatives Wählerbündnis Eberswalde** zum Vorbericht

Herr Wolff teilt mit, dass die Anfrage vor der Sitzung an alle Mitglieder und sachkundigen Einwohner verteilt wurde (**Anlage 5**).

Frau Stibane informiert, dass die Beantwortung der Anfrage bereits im Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen am 01.12.16 vorgenommen wurde.

► **Diskussion zur Beschlussvorlage BV/0370/2016 Haushaltssatzung 2017/2018**

Herr Pringal:

- nimmt Bezug auf die in der Haushaltssatzung 2017/2018 für die Waldsportanlage dargestellten Kosten in Höhe von 3,5 Mio. Euro und fragt, ob mit diesem Betrag alle Kosten erfasst oder weitere Kosten zu erwarten sind und ob die Kosten für die Vergabe der Planungsleistungen bereits darin enthalten sind

Frau Stibane informiert, dass eine entsprechende Anfrage bereits von der Fraktion DIE LINKE, Frau Kersten, an die Verwaltung gerichtet und bereits von Frau Ladewig (Amt für Bildung, Jugend und Sport) beantwortet wurde. Sie informiert zum Inhalt des Antwortschreibens und sagt zu, dass es als Anlage zur Niederschrift beigefügt wird (**Anlage 6**).

Herr Dr. Mai:

- schlägt vor, dass Änderungsanträge, die auf Fördermittelzuwendungen basieren mit einem Sperrvermerk, dass bei Nichtbewilligung der beantragten Fördermittel, der Änderungsantrag nicht zum Tragen kommt, zu versehen sind

Abstimmungsergebnis mit dem befürworteten Änderungsantrag der Bürgerfraktion Eberswalde zur „Neufassung der Budgetregeln und der Richtlinie für die Ausführung des Haushaltsplanes“: zugestimmt

Der Ausschuss für Bau, Planung und Umwelt empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung nachstehende Beschlussfassung vorzunehmen:

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Haushaltssatzung 2017/2018 der Stadt Eberswalde mit ihren Bestandteilen und Anlagen nach § 65 Abs.1 und 2 sowie § 66 wie vor der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg und § 3 der Kommunalen Haushalts- und Kassenverordnung des Landes Brandenburg (KomHKV).

TOP 10.2

Vorlage: BV/0389/2016

Einreicher /

zuständige Dienststelle: 65 - Tiefbauamt

Vorplanung der Verkehrsanlage A sternweg

Frau Benicke von der Ingenieurgesellschaft für Verkehrsbau mbH, ASPHALT, stellt die Vorplanung anhand der PowerPoint-Präsentation „Zum Ausbau der Verkehrsanlage A sternweg in Eberswalde Nordend“ (**Anlage 7**) vor.

Frau Köhler macht Ausführungen zu den Abrechnungsgebieten und nennt Beispiele für Beitragsbescheide, die sich aus der Straßenbeitragssatzung ergeben würden.

Frau Wagner:

- bittet, dass ein Bericht erstellt wird, der Auskunft über die bereits eingebauten Rigolenkörper und Erfahrungswerte gibt, um damit zukünftig die im ABPU zur Entwässerung zu treffenden Entscheidungen richtig beeinflussen zu können

Frau Köhler sagt zu, eine entsprechende Auflistung zu fertigen und im nächsten ABPU vorzustellen.

Herr Grohs:

- weist darauf hin, dass auf der Seite 4 der Beschlussvorlage, unter Punkt 2.4 Ausbaufäche in der Sachverhaltsdarstellung die m²-Angabe zu prüfen ist

Frau Köhler sagt die Richtigstellung zu.

Herr Wolff fasst nach Abfrage zu den Varianten zusammen, dass die Abstimmung gemäß dem Beschlussvorschlag, Variante 1 - Betonsteinpflaster vorgenommen wird.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss Bau, Planung, Umwelt befürwortet die Vorplanung der Verkehrsanlage A sternweg, Variante 1- Betonsteinpflaster.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Entwurfsplanung zu fertigen.

TOP 10.3

Vorlage: BV/0368/2016

Einreicher /

zuständige Dienststelle: 65 - Tiefbauamt

Vorplanung Verkehrsanlage Wildparkstraße

Herr Glor von der Finow Plan GmbH stellt die Vorplanung anhand der PowerPoint-Präsentation „Verkehrsanlage Wildparkstraße, Straßenausbau und Regenentwässerung“ (**Anlage 8**) vor.

Herr Hoeck verlässt die Sitzung um 19:49 Uhr (**9 Mitglieder**).

Frau Köhler macht Ausführungen zu den Abrechnungsgebieten und nennt Beispiele für Beitragsbescheide, die sich aus der Straßenbeitragssatzung ergeben würden.

Herr Wolff schlägt vor, dass der Beschlussvorschlag um die Angabe „Variante 1“ zur Konkretisierung ergänzt wird.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Bau, Planung und Umwelt befürwortet die Vorplanung Stand Oktober 2016 für den Ausbau der Verkehrsanlage Wildparkstraße von Walter-Kohn-Straße bis Drehnitzstraße in 16225 Eberswalde mit der Variante 1, Parkplätze Großpflaster und Aufpflasterung Asphalt. Die Verwaltung wird beauftragt, die Entwurfsplanung zu fertigen.

TOP 10.4

Vorlage: BV/0390/2016

Einreicher /

zuständige Dienststelle: 60 - Amt für Hochbau und
Gebäudewirtschaft

**Dorfgemeinschaftshaus Sommerfelde,
Genehmigung der Entwurfsplanung und Baubeschluss**

Herr Uwe Grohs erklärt sich für befangen und nimmt weder an der Diskussion noch an der Abstimmung teil.

Herr Stefan Grohs erklärt sich für befangen und nimmt nicht an der Diskussion teil.

Frau Fellner stellt anhand einer PowerPoint-Präsentation die Entwurfsplanung für das Dorfgemeinschaftshaus Sommerfelde (**Anlage 9**) vor.

Frau Oehler:

- regt an zu prüfen, ob die Raumanordnung geändert werden kann, so dass das Behinderten-WC bei Freiluft-Festivitäten, dann wenn das Haus verschlossen bleiben soll, für die Besucher zugänglich gemacht wird und nicht wie dargestellt das WC

Die Verwaltung nimmt die Anregung entgegen und sagt eine Prüfung zu.

Herr Pringal:

- regt an zu prüfen, einen Außenanschluss für Wasser und Abwasser vorzuhalten, damit keine Miettoiletten etc. für größere Festivitäten benötigt werden

Frau Wagner:

- regt an, dass zukünftig bei Vorstellungen von Entwurfsplanungen, wie auch bisher gehandhabt, wieder Pläne und Kostenaufschlüsselungen der Beschlussvorlage beigelegt werden und fragt, warum die Abstimmung mit der Behindertenbeauftragten nicht erfolgt ist

Frau Fellner sagt zu, dass die Abstimmung mit der Behindertenbeauftragten im Nachgang erfolgt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

1. Der Hauptausschuss bestätigt die Entwurfsplanung für den Neubau des Dorfgemeinschaftshauses auf dem Gelände des Festplatzes Zu den Tannen 10, 16230 Eberswalde, Ortsteil Sommerfelde.
2. Der Bürgermeister wird ermächtigt, die weiteren Planungen voran zu treiben und das Projekt zeitnah zu realisieren.
3. Die Realisierung des Projektes steht unter den Vorbehalten der Bestätigung der erforderlichen Haushaltsmittel 2017 und der tatsächlichen Bewilligung der notwendigen Fördermittel.

TOP 10.5

Vorlage: BV/0397/2016

Einreicher /

zuständige Dienststelle: 61 - Stadtentwicklungsamt

Stellungnahme zum LEP HR

Frau Fellner informiert, dass der Verwaltung eine von der Gemeinsamen Landesplanung aus unterschiedlichen Veranstaltungen zusammengestellte PowerPoint-Präsentation vorliegt, die der Niederschrift (**Anlage 10**) beigelegt wird.

Abstimmungsergebnis: einstimmig befürwortet

Der Ausschuss für Bau, Planung und Umwelt empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung nachstehende Beschlussfassung vorzunehmen:

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt die Verwaltung, die in Anlage 1 enthaltene Stellungnahme zum Entwurf des Landesentwicklungsplans Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg (=LEP HR), Stand 19.07.2016, an die Gemeinsame Landesplanungsabteilung Berlin und Brandenburg abzugeben.

TOP 10.6

Vorlage: BV/0398/2016

Einreicher /

zuständige Dienststelle: 61 - Stadtentwicklungsamt

Städtebaulicher Vertrag gemäß § 11 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 BauGB zur Förderung und Sicherung der mit der Bauleitplanung verfolgten Ziele "Badeanstalt"

(Urkundenrolle Nr. 1636/2013 des Notars Dirk Zieger vom 02.12.2013)

1. Änderung

Frau Leuschner informiert als Einreicher der Beschlussvorlage, dass folgende redaktionelle Änderungen auf der Seite 3 des als Anlage zur Beschlussvorlage beigefügten Städtebaulichen Vertrages (1. Änderung) vorzunehmen sind: § 2 Änderungen unter „Ziffer 2.3 erhält folgende neue Fassung“ im zweiten, kursiv und fettgedrucktem Absatz, 4. Zeile das Wort „gelb“ ist durch „blau“ zu ersetzen.

Herr Dr. Mai:

- nimmt Bezug auf die unter gleicher vorgenannter Ziffer im ersten Absatz, letzten Satz „Die endgültige Herstellung des zu verlagernden Abschnittes des Treidelweges ist zeitlich **spätestens** nach Beendigung der Baumaßnahme Hafenecken herzustellen.“ Und ist der Ansicht, dass die Formulierung mit dem Wort „spätestens“ unzureichend ist und bittet um Prüfung

Herr Morgenroth:

- weist auf die, im letzten Satz auf der Seite 2 in dem als Anlage zur Beschlussvorlage beigefügten Städtebaulichen Vertrag (1. Änderung) unter § 1 Vorbemerkungen Änderungen Dopplung des Artikels „der“ hin

Die Verwaltung nimmt die Hinweise entgegen und sagt eine Prüfung und die Fertigung einer Austauschseite zur nächsten Stadtverordnetenversammlung zu.

Abstimmungsergebnis: einstimmig befürwortet

Der Ausschuss für Bau, Planung und Umwelt empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung nachstehende Beschlussfassung vorzunehmen:

Beschlussvorschlag:

Dem Abschluss der „ Änderung des Städtebaulichen Vertrages gem. § 11 Abs. 1 Nr. 2 BauGB zur Förderung und Sicherung der mit der Bauleitplanung verfolgten Ziele „Badeanstalt“ zum Bebauungsplan Nr. 309 „Badeanstalt“ “ wird zugestimmt.

TOP 10.7

Vorlage: BV/0396/2016

Einreicher /

zuständige Dienststelle: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Förderung von Biodiversität und Bienen in Eberswalde

Frau Oehler erläutert als Einreicher der Beschlussvorlage den Sachverhalt.

Frau Fellner informiert, nach welchen Prinzipien und Kriterien die Verwaltung grundsätzlich bei der Auswahl von städtischem Grün handelt und geht dabei wie folgt auf die einzelnen Punkte in der Beschlussvorlage ein:

Generell:

- Pflanzungen im Stadtgebiet (durch Bauhof oder Tiefbauamt) werden unter Beachtung der folgenden Kriterien durchgeführt:
 - Standortgegebenheiten / Wasserangebot / verfügbarer Straßenraum bzw. unterirdischer Bauraum / Nachbargrundstücke
 - vorhandener Baumbestand
 - Berücksichtigung heimischer Arten
 - Empfehlungen der GALK (Deutsche Gartenamtsleiterkonferenz) → „GALK-Straßenbaumliste“
 - Eignung als Bienenweide
 - Bürgerbegehren
- Die erstellten Pflanzlisten werden dann mit dem Bienenweideobmann der Imkervereine im Stadtgebiet abgestimmt, sowie mit Herrn Dr. Götz von der Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde (HNEE)

Konzepte, Beschlüsse etc. zum Thema:

- **Integriertes Energie- und Klimaschutzkonzept:**
Maßnahme: Klimaangepasste Entwicklung des Stadtgrüns / Baumpflanzungen / Freiraumgestaltung / Waldumbau → 100 Bäume Programm 2016 („...bei der Artenwahl wird auf eine Auswahl von **standortgerechten und klimatoleranten Arten / Sorten** geachtet“, „...um positive Effekte hinsichtlich der Biodiversität zu bewirken, werden Hecken möglichst **naturnah**, unter Verwendung von vielfältigem, **regionalen Pflanzmaterial** angelegt“
- **Klimaschutzvereinbarung mit der WHG mbH**
(Maßnahmen: „Ökologische und rücksichtsvolle Bewirtschaftung der Grünflächen“, „Anpflanzung **einheimischer, klimaangepasster** Baumarten bei Ersatzpflanzungen“ und Start eines neuen Projektes „Essbare Stadt“ usw.)
- **Flächennutzungsplan (FNP) 2014:** Ausweisung von Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft (SPE-Flächen) und Leitbilder zu Grünflächen (grünes Band, grüne Zäsuren, Biotopvernetzung etc.)
- **Strategie Eberswalde 2030 | Pkt. 2.3.2 Umweltschutz:** „Zum Schutz der Umwelt gehört auch der Erhalt der biologischen Vielfalt... .“

zu 1.+ 4. Pollen und Nektar als Tracht für blütenbesuchende Insekten und Bienen:

- gefüllte Pflanzen werden nur dort eingesetzt wo gestalterische Aspekte im Vordergrund stehen, wie z. B. in der Friedrich-Ebert-Straße: Rosen zusammen mit Lavendel → dieser dient hierbei als Bienenweide
- die Stadt stellt bereits Flächen für Bienenweiden / bzw. für Bienenwagen zur Verfügung (derzeit 3 Flächen: Ostende, Kupferhammer, „Neckermann Fläche“)

- Maßnahmen der WHG mbH im Rahmen der Klimaschutzvereinbarung berücksichtigen ebenfalls die nachhaltige Bewirtschaftung von Grünflächen und die Etablierung von Bienenweiden sowie die Aufstellung von Bienen- und Insektenhotels

zu 2.: **Verwendung des Zertifikats „Gebietsheimische Gehölze“**

- heimische Pflanzen werden, wenn möglich, immer gegenüber ausländischen Pflanzen bevorzugt, da diese an die hiesigen Klimaverhältnisse gut angepasst sind – wenn aber die Standortgegebenheiten oder gestalterischen Aspekte dies nicht zulassen, muss im Einzelfall auch auf ausländische Sorten / Arten zurückgegriffen werden (siehe Bahnbaumbaum!)
- im Hinblick auf die zu erwartenden klimatischen Veränderungen werden bereits jetzt gemeinsam mit der Landesforstanstalt und der Humboldt Universität Berlin an den Klimawandel angepasste Straßenbäume im Rahmen des Projektes „Trees 4 Streets“ getestet
- Vergaberecht beachten! das Zertifikat „Gebietsheimische Gehölze“ schränkt den Wettbewerb ein, da nur bestimmte Baumschulen in Brandenburg das Zertifikat verwenden dürfen; weiterhin sind nicht immer die geforderten, zertifizierten Mengen und Sortimente in den Baumschulen vorhanden

zu 3.: **keine schädlichen Neophyten wie z.B. die asiatischen Wacholderarten als Überträger von Krankheiten (hier: Birnengitterrost)**

- Wacholder wurde durch die Stadtverwaltung in den letzten Jahren nicht angepflanzt, davon unabhängig befinden sich Altbestände von Wachholdern, z. B. auf den städtischen Friedhöfen

zu 4.: **keine fremdländischen und exotischen Arten oder Sorten mit sterilen, gefüllten Blüten**

- Exoten, ausschließlich Bäume und Sträucher, werden im Stadtgebiet in der Regel nur in den Parkanlagen gepflanzt um gestalterischen Ansprüchen gerecht zu werden
- fremdländische Arten, wie z. B. Eschenahorne werden schon jetzt im gesamten Stadtgebiet jährlich verringert, da die meisten Bäume bereits ihre Standzeit als Straßenbaum erreicht haben und von ihnen immer häufiger Gefahren (Umsturz, Grünastbruch usw.) ausgehen

zu 5.: **Beteiligung der Stadtverordneten bei der Auswahl von Baumarten für Straßen und Plätze**

- alle Pflanzungen im Rahmen von Straßenbaumaßnahmen (Aus- bzw. Neubau) oder im Rahmen von B-Plänen (Ausgleichsmaßnahmen) werden in den Ausschüssen beraten und mit beschlossen

Frau Fellner geht insbesondere auf den Punkt 4 der Beschlussvorlage ein und regt an, von einer Begründung gegenüber den Stadtverordneten bei der Pflanzung von gefüllten Blüten (z. B. einer Rose) abzusehen und verweist auf ihre vorgenannten Ausführungen.

Darüber hinaus nimmt sie nochmals Bezug auf den Punkt 5 der Beschlussvorlage, in dem die Beteiligung der Stadtverordneten bei der Auswahl von Baumarten für Straßen und Plätze vorgeschlagen wird und informiert, dass die Beteiligung bereits durch die Vorlage von Bebauungsplänen und Ausgleichsmaßnahmen (Ersatzpflanzungen) bereits erfolgt, eine Beteiligung der Stadtverordneten bei der Auswahl von jährlich 250 Bäumen den Rahmen übersteigt und das Vertrauen gegenüber der Verwaltung nicht stärkt.

Frau Oehler, als Einreicher der Beschlussvorlage, zieht im Ergebnis der Diskussionen durch die Fraktionen die Beschlussvorlage zurück.

Herr Dr. Mai stellt den Geschäftsordnungsantrag, die Diskussion abzuschließen.

Herr Wolff schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 21:56 Uhr.

Jürgen Wolff
Vorsitzender des Ausschusses
für Bau, Planung und Umwelt

Anja Guth
Schriftführerin

Sitzungsteilnehmer/innen:

- **Vorsitzender**
Jürgen Wolff

- **Stellvertreter des Vorsitzenden**
Eckhard Schubert

- **Ausschussmitglied**
Otto Baaz
Frank Banaskiewicz vertreten durch Herrn Morgenroth
Uwe Grohs
Martin Hoeck anwesend bis 19.49 Uhr
Dr. Hans Mai
Jens-Olaf Melzow
Karen Oehler
Roy Pringal

- **sachkundige Einwohner/innen**
Richard Bloch entschuldigt
Matthias Bohn
Stefan Grohs
Dr. rer. nat. Siegbert Kusserow
Andreas Reichling
Wolfgang Rook entschuldigt
Riccardo Sandow
Karin Wagner
Thomas Walther entschuldigt
Hartmut Wittig entschuldigt

- **Ortsvorsteher/in**
Werner Jorde

- **Dezernent/in**
Anne Fellner
Petra Stibane

- **Beiräte gemäß Hauptsatzung**
Hans-Georg Pertzsch
Prof. Dr. Jürgen Peters

- **Verwaltungsmitarbeiter/innen**

Katrin Heidenfelder

Birgit Jahn

Rico Klützow

zu TOP 10.4

Heike Köhler

Kornelia Kroll

zu TOP 10.2 und TOP 10.3

Silke Leuschner

Katrin Schlupski

zu TOP 10.1

Sven Siebert

zu TOP 10.1

Gunther Wolf

- **Gäste**

Frau Benicke

zu TOP 10.2

Herr Glor

zu TOP 10.3